

keit auf allen Etappen auf die eine oder andere Weise in die Geschichte der proletarischen Partei eingegangen ist. Rjasanow hatte ernsthafte Meinungsverschiedenheiten mit der Partei zu verschiedenen Momenten, darum auch zu Zeiten Lenins, oder richtiger gesagt, gerade zu Zeiten Lenins, als Rjasanow sich aktiv an der laufenden Politik der Partei beteiligte.

In einer seiner Reden spricht Lenin direkt über die starken und schwachen Seiten Rjasanows. Lenin hielt ihn nicht für einen Politiker. Unter seinen starken Seiten verstand Lenin Rjasanows Durchdringung mit der Idee, seine tiefe Ergebenheit der marxistischen Doktrin, seine ganz besondere Gelehrsamkeit, seine prinzipielle Ehrlichkeit, seine Unversöhnlichkeit in Sachen der Verteidigung des Erbes von Marx und Engels. Gerade deshalb wurde Rjasanow von der Partei an die Spitze des Marx-Engels-Instituts gestellt, das er selbst auch geschaffen hat.

Die Arbeit Rjasanows hatte internationale Bedeutung, nicht nur wissenschaftlich-historische, sondern auch revolutionär-politische. Der Marxismus ist außerhalb der Anerkennung der revolutionären Diktatur des Proletariats undenkbar. Der Menschewismus ist die bürgerlich-demokratische Verneinung dieser Diktatur. Indem er den Marxismus gegen Revisionismus verteidigte, führte Rjasanow durch seine gesamte Tätigkeit einen Kampf gegen die Sozialdemokratie, folglich auch gegen die russischen Menschewiki. Wie ist nun die prinzipielle Position Rjasanows mit seiner Beteiligung an der Verschwörung der Menschewiki in Einklang zu bringen? Auf diese Frage gibt es keine Antwort. Und wir vertreten die Meinung, daß eine solche Antwort nicht geben kann. Wir zweifeln nicht eine Minute daran, das Rjasanow an keiner Verschwörung teilgenommen hat. Wie aber entstand dann die Beschuldigung? Und wenn sie erfunden ist, von wem und zu welchem Zwecke?

Gerade darüber können wir eine Erklärung bieten, die sich mit unabwehrbarer Kraft aus den Umständen ergibt. Rjasanow hatte sich, wie erwähnt, in den letzten Jahren von der aktiven Politik zurückgezogen. Er teilte in dieser Hinsicht das Schicksal vieler alter Parteimitglieder, die sich mit Verzweiflung im Herzen vom inneren Parteileben zurückzogen, sich in Wirtschaft- oder Kulturarbeit einschließend.

Allein nur diese Selbstverleugung ermöglichte Rjasanow, das Institut vor einer Vernichtung während der ganzen nachhinsenden Periode zu bewahren. Doch im letzten Jahre erwies es sich bereits als unmöglich, sich auf dieser Position zu halten.

Das Leben der Partei, besonders nach dem 16. Parteitag, verwandelte sich in ein ständiges Examen auf Treue für den einen und einzigen Führer. In jeder Zelle befanden sich jetzt speziell dafür herangeschleppte Agenten des Plebiszits, die bei jedem Anlaß sie Stalin für den unfehlbaren Führer der Partei, den großen Theoretiker, den Klassiker des Marxismus, sie bereit, aus Anlaß des neuen Jahres, dem Führer der Partei — Stalin — Treue zu schwören? Je weniger die Partei fähig wird, sich selbst mit Hilfe des geistigen Kampfes zu kontrollieren, um so mehr ist die Bürokratie gezwungen, die Partei mit Hilfe von accents provocateurs zu kontrollieren.

Rjasanow konnte während einiger Jahre vorichtig — sehr vorsichtig, viel zu vorsichtig — schweigen über eine Reihe akuter Fragen. Aber Rjasanow war organisatorisch nicht fähig, gemein zu handeln, zu kriechen, sich in Ergüssen von Untertänigkeitsgefühlen zu üben. Man kann sich vorstellen, wie er in den Zellensturzungen des Instituts mehr als einmal wutschnauend Bemerkungen an die Adresse der jungen Schulte aus den zahlreichen Orden der „roten Professoren“ hervorrief, die in der Regel nur wenig von Marxismus verstehen, aber gleich sind in Sachen der Intrigen, Klatschereien und falscher Denunziationen. Eine solche innere Klique hatte wohl sicherlich längst schon ihren Kandidaten für den Direktorenposten des Instituts gehabt, und was noch wichtiger ist, ihre Beziehungen zur GPU, und zum Sekretariat des ZK. Würde Rjasanow irgendwo auch nur mit einigen Worten darauf angepielt haben, Marx und Engels seien nur Vorläufer Stalins gewesen, — alle Ränke der jungen Schulte wären in Nichts zerstoßen und kein Krylenko dürfte wagen, Rjasanow wegen seiner Nachsicht mit den Übersetzern-Menschewiki anzuklagen. Doch das unterließ Rjasanow. Und mit weniger konnte sich der Generalsekretär nicht zufrieden geben.

Zur Apparats-Allmacht gelangt, fühlt sich Stalin innerlich schwächer, als jemals. Er kennt sich zu gut und fürchtet sich darum vor seiner eigenen Stellung. Er braucht tüchtig Bestätigungen seiner Anrechte auf die Rolle des Diktators. Das Plebiszitregime ist erbarmungslos, verträgt keine Zweifel, fordert immer neue begeisterte Anerkennungen. So kam die Reihe an Rjasanow.

Wurden Bucharin und Rykow Opfer ihrer „Plattformen“, die sie allerdings zwei- und dreimal verleugnet hatten, so viel Rjasanow als Opfer ... seiner Reinkarnation. Der alte Revolutionär sagte: „schweigend dienen, mit zusammengebeissenen Lippen — gut; ein begeisterter Speichellecker sein — kann ich nicht.“ Das ist es, weshalb Rjasanow unter die Parteigerichtsbarkeit der Jaroslowski geriet. Danach servierte Jagoda die Indizien. Zum Abschluß wurde Rjasanow als Parteiverräter und Agent der Konterrevolution erklärt.

In der WKP, wie in den westlichen Sektionen der Komintern gibt es nicht wenig Kommunisten, die mit innerem Schauer die Arbeit der stalinischen Bürokratie verfolgen, aber zur Rechtfertigung ihrer Passivität sagen: „Was ist zu tun? Man muß schweigen, um die Pfeiler der Diktatur nicht zu erschüttern.“ Solcher Possibilismus ist nicht nur feig, sondern auch blind. Der offizielle Parteiapparat wird

Zweifellos haben einzelne Mitarbeiter-Menschewiki, vielleicht auch deren Mehrheit, das Institut benutzt als Deckung für ihre Konspiration (Aufbewahrung von Archiven und Dokumenten, Korrespondenz, Verbindung mit dem Ausland usw.) Man darf annehmen, daß Rjasanow nicht immer genügende Beachtung den Warnungen schenkte, die von Parteikreisen ausgingen, und zu viel Nachsicht übte mit seinen treubruchigen Mitarbeitern. Doch wir glauben, daß dies auch die äußerste Grenze dessen ist, was man Rjasanow als Schuld anrechnen kann. Die von Rjasanow mit Hilfe der Menschewiki herausgegebenen Bücher sind vor aller Augen: sie enthalten weder Menschewismus, noch Schändlingsarbeit, zum Unterschiede von den Wirtschaftsplanen Stalin-Krschischanowski.

Geht man jedoch davon aus, daß die Schuld Rjasanows nicht über eine trauenselige Gönnerschaft gegen die Spez-Menschewiki hinausging, woher dann die Beschuldigung des Verrats? Daß die stalinische GPU, fähig ist, untadeligen Revolutionären einen Wragelischen Offizier unterzuschieben, wissen wir aus frischer Erfahrung. Menschewinski und Jagoda würden keinen Augenblick Bedenken tragen, Rjasanow irgend ein Verbrechen unterzuschieben, wenn es befohlen wird. Aber wer hat befohlen? Wer hat einen Vorteil? Wer braucht den Weltskandal um Rjasanows Namen?

Das Organ der KPD, Ostpreußen, das „Echo des Ostens“ bringt mit der nötigen Entrüstung folgende Abrechnung des „Fabrikarbeiterverbandes“:

Wie könnte es wohl anders sein?

Das Organ der KPD, Ostpreußen, das „Echo des Ostens“ bringt mit der nötigen Entrüstung folgende Abrechnung des „Fabrikarbeiterverbandes“:

Streikunterstützung M 12903
Gemaßregelter Unterstützung M 4325
Gehälter an Hauptvorst. u. Versicherungsbeitr. M 99530
Für Angestellte M 97743
Für Gehälter, Gauleitungen und Spesen M 184050
Für Film M 42397
Für Auto M 4313

Für Kampfunterstützung wurden ganze 17300 M. ausgegeben, aber für den Angestelltenapparat 300000 aufgewendet.

Soweit die KP-Zeitung; sie sagt damit nur das, was „Spartakus“ tausendmal schon gesagt hat. Aber wie könnte es anders sein? In diesen Organisationen haben doch die Führer alle Machtmittel der Organisation in den Händen, dazu gehören vornehmlich Kasse und Presse. In diesen Organisationen bestimmen die Führer wofür und wieviel Geld ausgegeben wird. Man bewilligt sich doch letzten Endes das Gehalt selber.

Von einer ganzen Kaste Menschen zu glauben, sie würden sich das Gehalt so niedrig wie möglich bemessen, ist eine Spekulation auf den berüchtigten Idealismus. Nun, die SPD-Führer haben es nicht nötig, Idealismus zu mimen, und seit Noske, Legien und Co. würde sowieso keiner mehr an Idealismus glauben.

Sie haben eine jahrzentlang geschulte und disziplinierte Anhängerschaft, die durch Terrormaßnahmen auf den Arbeitsstellen die Proleten zwingen soll, für ihre Bonzen das Gehalt aufzubringen.

Und die KPD? Und die RGO? Haben diese Organisationen keine Angestellten? Haben diese Angestellten nicht die Machtmittel ihrer Organisation in ihren Händen? Wer bewilligt für sie das Gehalt? Die Generalversammlungen? Auf diesen Versammlungen wird gerade das beschlossen, was die Angestellten wollen; wer dagegen ist, ist linke, rechte oder sonstige Abweichung.

Oder bestehen die Führer der KPD, und RGO, aus lauter Idealisten? Nein, es gibt auch Ausnahmen. Arme Arbeiterklasse, kann man nur sagen, solange eine ganze Klasse keine andere Sicherheit gegen Halunken hat, als den Glauben an den Idealismus ihrer Führer.

Gut, nehmen wir an, der Reichstagsabgeordnete gibt von seinen 750 M. die Hälfte der Partei. Die Partei zahlt ihren Sekretären 600 M.; diese geben wieder die Hälfte der Partei zurück. — Warum dieser Umweg?

Es braucht die Parteizentrale doch nur festzusetzen, der Chefredakteur bekommt nicht 800 Mark sondern 400 Mark. — Wir, die Arbeiter vom Spartakusbund wollen die Bourgeoisie stürzen, weil sie uns keine Lebensmöglichkeit mehr läßt, nicht lassen kann.

Wir als Marxisten würden nicht für den Sturz der Bourgeoisie sein können, wenn es noch möglich wäre innerhalb dieser Ordnung bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen.

Den Führern aber wird geboten, sich selbst ein höheres Gehalt zu zahlen — und sie sollen nicht dafür sein? Auf, Genossen von der KPD, und RGO, seid doch konsequent und nennt euch nicht Marxisten! Der Marxismus ist die Lehre, welche besagt, daß das gesellschaftliche Sein den Geist des Menschen formt und über das Denken und Handeln von Personen und Klassen entscheidet. Hier steht ihr mit eurer Praxis im Widerspruch zur Marx'schen Theorie.

Es liegt kein Grund vor, den Marxismus zu ändern — ihr werdet eure Praxis ändern müssen — denn ohne klare Theorie keine klare Praxis. —

Also bitte, Genossen von der RGO, und KPD, seid Marxisten! Den Weg, wie ihr konsequente Marxisten werden könnt, zeigt euch die im Spartakusbund zusammengeschlossene Räteorganisation.

Für den Inhalt verantwortlich: R. Weiß, Dresden-A. Druck: F. Eckert, Dresden-A.

Nr. 10 ☆ 6. Jahrgang
11. Jahrgang der „Einheitsfront“

SPARTAKUS

ORGAN DES SPARTAKUSBUNDES (Politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation)

Verlagsort: Rähnitz-Hellerau. Zu bestellen bei allen Postämtern, ferner durch die Betriebsorganisationen des Spartakusbundes oder direkt beim Verlag Rähnitz-Hellerau, Hendrichstr. 3

Zweite Mai-Nummer 1931
Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1929

Bezugspreis ist im Voraus zu zahlen. Bei Postbezug vierteljährlich 90 Pfg. Ausland und per Kreuzband vierteljährlich RM 1.20 / Zahlungen auf Postcheckkonto Dresden Nr. 32722

Die Sozialfürsorge vorm Bankrott

Unterstützungskassen
Das kapitalistische Wirtschaftssystem fällt auseinander. Mit ihm brechen zusammen die sogenannten „sozialen Einrichtungen“ für die Arbeiterschaft.

Die Renten aus der Knappschaftsversicherung sind so niedrig, daß sie eine Verhöhnung der Arbeiter bedeuten. Es bekommt von der Knappschaft monatlich:

der Arbeiterinvalide	63.— RM
die Bergmannswitwe	30.— RM
das Waisenkind	376 RM

An die Knappschaftskasse muß der Bergmann Jahr für Jahr 5% seines Lohnes zahlen (außer den 10% für die übrigen Sozialversicherungen). Der Kapitalist zahlt nur 3,4% des Lohnes an die Knappschaft.

Die Knappschaft steht vor dem Bankrott! Wie kommt das?

Mit 40 (spätestens mit 50) Jahren ist aus dem Bergmann kein Profit mehr herauszuschinden. Er ist „alt“; muß von der Knappschaft unterstützt werden.

Neurode, Alsdorf, Maybach und andere „Naturkatastrophen“ — wie der profligiertere Bürger naiv diese Arbeitermorde nennt — morden Tausende Kumpels auf einen Schlag. Aber wenn auch alles im kapitalistischen Sinne „ordnungsmäßig“ zugeht, bleiben nach bürgerlicher Statistik von 1000 Bergleuten 15 jährlich auf der Strecke.

Wie überall, wird auch der Lohn des Bergproleten ständig gesenkt.

So fließen immer weniger Gelder in die Kasse. Rationalisierung und Produktions Einschränkung verringern die Zahl derer, die sich noch ausbeuten lassen dürfen. Kamen 1924 noch 6 Versicherte auf je einen Unterstützungsempfänger, so müssen heute

2 1/2 Versicherte einen Rentenempfänger ernähren.

Die Reserven der Knappschaft sind plüschig. Am Ende dieses Jahres stehen sie mit einem Defizit von mindestens 100 Millionen Mark da.

§ 218

„Cyankali“-Wolf verhaftet: das Bürgertum macht in Sensation. Mehr als 300 Fälle werden dem Arzt Wolf zur Last gelegt. Der Fall hat Aufsehen erregt. Der „Cyankali“-Autor teilte das Schicksal von Tausenden der Proleten, die unter der Anklage: „Vergehen gegen das keimende Leben“ stehen.

Friedrich Wolf hat die Mätyrerkrone abgelegt, nachdem die Kaution von 25000 RM auf 10000 RM herabgesetzt wurde. „Ich wünsche“, so erklärt Wolf in Haft, „daß die Bewegung gegen den § 218 als ein politischer Kampf, eine wirkliche Volksbewegung geführt werde, aber nicht um meine Person, sondern um die Sache.“ Die KP hat den „Volkskampf“ organisiert. Die Konjunktur zum Stimmenfang für ein Volksbegehren wird ausgenutzt. Eine reformistische Tat löst die andere ab, ihre revolutionäre Partei appelliert an das Gewissen ihres Stimmviehs. Die revolutionären Massen werden sich in ihre Stimmlisten eintragen. Das ist eine Volksbewegung.

Auf ganz legalem Wege wird sich die Gesetzesreform tollfahen. Es wäre gewiß nicht das erste Volksbegehren, das ergebnislos verfiel. (Panzerkreuzer A) Läßt man die Aussichtslosigkeit dieses Begehrens außer Acht, so bleibt zu bedenken, daß das Klassensystem einen Ausweg fände, um die Befreiung von dem Mord-§ 218 die nötige Beschränkung und Bedrückung aufzuerlegen, so daß sie illusorisch würde.

Die Sozialdemokratie empfiehlt eine Umlage, die von den Bergwerksbesitzern zu erheben wäre. Das Kapital will davon nichts wissen; denn dieses würde bedeuten: Steigerung der Gestehungskosten, Schmälerung des Profits, Belastung im scharfen Konkurrenzkampf der Todeskrise.

Die gegenwärtige Regierung will durch eine neue Notverordnung alle Versicherungen in einen Topf werfen. Auch diese Maßnahme würde nichts helfen. Denn bankrott ist der Kapitalismus; bankrott alle Einrichtungen, die im jungen Kapitalismus lebensfähig waren.

Drei Schütt vor dem Grabe steht ebenfalls die Invalidenversicherung.

Alles dies, was von der Knappschaft gesagt, gilt auch für diese, von der Unterstützung gegenwärtig dreieinhalb Millionen Invaliden, Greise, arbeitsunfähige Witwen und Waisen vor dem Verhungern bewahrt werden. Aber auch nur vor dem Verhungern; denn die Monatsrenten betragen durchschnittlich:

30.— RM für Invaliden;
22.— RM für greise Witwen;
15.— RM für Waisen.

Auch diese lächerlich niedrigen Sätze wird die Invalidenkasse nicht mehr lange zahlen können. Sie hat ihr Vermögen bald aufgezehrt. Neunmal so groß wie die jährlichen Rentenauszahlungen war es vor dem Kriege; heute ist es nicht einmal so groß wie der Betrag, der in einem Jahre an Renten ausbezahlt wird.

Die unmenschlichen Antreibermethoden in den Betrieben machen in immer jüngeren Jahren den Proleten zum arbeitsunfähigen Invaliden. Dazu die Unterernährung. Die Zahl der Beiträge zahlenden Arbeitenden schrumpft in erschreckendem Tempo zusammen.

Heute schon fällt auf knapp 3 Versicherte ein Invalidenrentner.

Dazu kommt, daß die Höhe der Beiträge sinkt (infolge des ständigen Lohnraubs), ferner, daß die Staatszuschüsse (z. B. die Überschüsse von der Lohn-

Wir haben zwar keine Filmzensur, nur eine bescheidene Filmprüfstelle, aber dennoch Verbote. Fanden sich nicht Fachgelehrte, die Abschnitt A. B. C. zu einem „§ 218 in neuer Fassung“ wissenschaftlich hinblanzieren würden? Eine Klassenjustiz findet schon die richtigen Kommissionen.

Wir kennen alle den Mordparagrafen; wir wissen um das Leid und die Schmerzen, die er über tausende von Arbeiterfrauen bringt. Wir wissen, daß jährlich hunderttausend von Frauen durch Piusarbeit siech werden, wir wissen, daß jährlich zehntausend Frauen an Laien- und Selbstbehandlung verbluten.

Das Schicksal der Nollten (in „Cyankali“ § 218), das des proletarischen Mädchens in „Cyankali“ sind keine Einzelschicksale. Es sind die Leiden, die Sorgen von Millionen Proleten. Der Tod der Zehntausenden ist Mord, Mord durch ein System, des internationalen, kapitalistischen.

Der § 218 ist nur ein Glied in der Kette, die die Ausbeuteten mit sich schleifen. Der Kampf gegen den Paragrafen ist mehr als eine Phrase, er gehört hinein in den Kampf gegen die Ausbeuter, gegen das internationale Kapital auf der Basis der antinationalen proletarischen Revolution.

Der Sieg des Proletariats bringt den Fall auch dieses Paragrafen. Nicht Reformen — sie blenden, sie täuschen die Unterdrückten, — bringen die Befreiung; diese kommt dem Proletariat nur durch seinen revolutionären Kampf, durch den Sturz dieses Systems.

Einzelnummer 15 Pf.
erscheint monatlich zweimal

steuer) schwinden. Wir leben ja in der Niedergangsepoche des Kapitalismus.

In dieser versagen auch alle Organisationen, die kapitalistisch aufgebaut und mit dem Kapitalismus verwachsen sind:

Die Gewerkschaften.

Auch die Gewerkschaften bauen die Unterstützungssätze ab, weil die Beiträge infolge der wachsenden Arbeitslosigkeit immer später einkommen.

Damit verlieren die Gewerkschaften ihre letzte Berechtigung, die sie noch hatten: als Unterstützungsverein.

Jeder Pflennig, den heute der Prolet — gezwungen oder freiwillig — für diese Versicherungen zahlt oder zahlen muß, ist ihm geraubt oder abgegaunert. Er wird darin keine Vorteile mehr genießen.

Will er sich und seine Angehörigen im Alter vor Not und Hunger schützen, muß er im solidarischen Kampf der Arbeiterklasse durch die Revolution den Kapitalismus stürzen und die kommunistische Bedarfswirtschaft aufbauen.

Tagesfragen

Arbeiter-Parteien und Gewerkschaften befassen sich mit sogenannten Tagesfragen. „Habt Vertrauen zu unserer Führung!“ — sagt die SPD, und die „Kommunistische“ Partei sagt dasselbe.

Wenn aber Spartakusgenossen in die Diskussion eingreifen, erwidern die Moskowiter: „Ihr habt ja Recht, aber die Arbeiter begreifen das alles nicht. Sie glauben, sie kämpfen um eine Tasse Tee, und in Wirklichkeit kämpfen wir für den Sozialismus; so war es in Rußland und so lehrt uns Lenin.“

Nun gut. — Wie war es vor 1918? Die Arbeiter wählten, verkauften und lasen Zeitungen, zählten und kassierten, demonstrierten und stimmten über Resolutionen ab, und das Vertrauen zur Führung war schon direkt ein Glauben.

Und 1918, als die Arbeiterklasse die Macht in den Händen hatte, rächte sich dieses bitter. Die deutsche Arbeiterschaft in ihrer Mehrzahl wußte mit dem Rufe des Spartakusbundes: „Alle Macht den Räten!“ — nichts anzufangen. Sie vertrauten den großen, erprobten Führern, den Ebert, Scheidemann, Noske, und glaubte, daß diese den Sozialismus einführen werden.

Nach zehn Jahren Republik zeigte sich in Deutschland dieser Sozialismus:

Nach der amtlichen Statistik betrug das deutsche Volksvermögen 1928 rund 64 Milliarden Mk. Diese 64 Milliarden verteilen sich auf insgesamt 2 1/2 Millionen Deutsche, während

61 1/2 Millionen Deutsche völlig vermögens- und besitzlos sind.

Von diesen 2 1/2 Millionen Besitzenden haben 1 Million ein Vermögen von nur bis 10000 Mark, zusammen nur 7 1/2 Milliarden. Weitere 1 421 000 Deutsche besitzen ein Vermögen bis zu 100000 M, zusammen 35 Milliarden.

Der Rest von 21 1/2 Milliarden Mark verteilt sich auf nur 79000 Deutsche.

Davon haben 76700 zusammen wiederum nur 16 1/2 Milliarden, während der Rest von

5 Milliarden nur auf 2300 Deutsche sich verteilt:

darunter sind 2200 einfache bis fünfliche Millionäre; 107 bis 10fache Millionäre.

33 Deutsche haben durchschnittlich mindestens 20 Millionen Mark.

33 Deutsche besitzen mehr als 1 Prozent des gesamten Nationalvermögens eines Volkes von 64 Millionen Menschen.

Hier abtrennen!

Unterzeichneter bestellt hiermit die monatlich zweimal erscheinende Zeitung

SPARTAKUS

zum Bezugspreis von 90 Pfg. vierteljährlich ab 1931
Verlagsort: Rähnitz-Hellerau. Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1929
Bezugsgeld ist von mir zu erheben

Name Ort u. Zustellungspostamt

Straße u. Hausnummer

redend für die Allgemeinheit verwendet. — („So, wie sie heute für die „Allgemeinheit“ auch verwendet werden!“)

Kann aber irgend jemand behaupten, daß durch diesen Staats-Sozialismus (oder Kapitalismus) die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufgehoben ist!

In diesem Zusammenhang sind folgende Zahlen lehrreich, die das Statistische Reichsamt unlängst veröffentlichte über die kommunalen Betriebe — also über Betriebe, die im Parteisinn „sozialisiert“ sind.

Der Reinertrag der gesamten Kommunalbetriebe betrug im Rechnungsjahr:

1925/26	344,5 Mill. RM
1928/29	489,9 Mill. RM
1929/30	535 Mill. RM (schätzungsweise)
1930/31	570 Mill. RM (schätzungsweise)

Von dem gesamten Reinerüberschuß der Betriebe entfielen 1925/26 bereits 76,7% und 1928/29 sogar 87,9% auf die Versorgungsbetriebe. Allein die Elektrizitäts-Versorgung hatte an den Überschüssen einen Anteil von fast 50%. Ebenfalls die Verkehrs-Betriebe hatten starken Anteil an der Erzielung der Überschüsse.

Die Reinerüberschüsse aus den Versorgungsbetrieben sind gestiegen von

149 Millionen Mark im Jahre 1913/14

auf

532 Millionen Mark im Jahre 1930/31

Im Vergleich zum letzten Vorkriegsjahr haben sich die Reinerüberschüsse der Elektrizitätswerke verdreifacht. Ach ja, Elektrizitätswerke, „Versorgungsbetriebe“, „Versorgen“ die Bürokraten und Bonzen. Und beuten die Proletarier doppelt aus: als Lohnarbeiter im Versorgungsbetrieb und als Konsumenten der Ware des Versorgungsbetriebes.

Das ist das Gesicht des Staats-Kapitalismus!

Klassengenosse! Willst du den Sozialismus erkämpfen, dann reihe dich ein in die Räte-Organisation des Spartakusbundes! Und kämpft mit Spartakus für die Diktatur des Proletariats, ausgeübt durch die Räte; die Räte sind den Proletariern verantwortlich und jederzeit abberufbar. So allein und nicht anders kann die Produktion zweckmäßig dem Wohle der Produzenten dienen.

Aus aller Welt

Die folgenden bürgerlichen Meldungen zeigen deutlich, daß die Niederhaltung der aufbegehrenden Schichten durch die herrschende Klasse überall die gleiche ist:

Gestörte Flamen-Kundgebung

Brüssel, 7. Juli. Bei einer Kundgebung der flämischen Nationalisten in Hasselt (Provinz Limburg), an der etwa 10000 Flamen teilnahmen, kam es zu schweren Zusammenstößen mit Mitgliedern der „Légion Nationale“, die gegen die Träger eines Plakates mit der Aufschrift: „Kein Flamenblut mehr für Frankreich!“ Steine und Tränengasbomben warfen. Es entstand ein Handgemenge, bei dem auf beiden Seiten zahlreiche Personen verletzt wurden. Die Ortspolizei griff ein und versuchte mit einer Motorfeuerpolizei-Ordnung zu schaffen. Eine Gendarmerie-Abteilung in Stärke von 200 Mann rückte in Hasselt ein.

Indiens „Rothemden“

London, 7. Juli. Die letzten Nachrichten aus dem Pandschab und den indischen Nordwestgrenzgebieten besagen, daß die politischen Unruhen dort nicht zu Ende sind. Im Gegenteil wird übereinstimmend auf die Ausdehnung der sogenannten „Rothemden“-Bewegung hingewiesen, die sich jetzt auch unter den

Khataks ausgebreitet hat, die bisher zu den zuverlässigsten Stämmen Indiens gehörten und deren Angehörige zu den besten Soldaten der indischen Armee gerechnet werden. Die Gebirgsstämme sind zwar von dieser Aufstandsbewegung noch nicht ergriffen worden, jedoch soll die Agitation vor allem nördlich von Peshawar viel stärker geworden sein. Im Pandschab bildeten die landwirtschaftlichen Nöte eine für die Ausbreitung der Unruhen besonders geeignete Grundlage. Immer wieder versuchen kommunistische Elemente, das Wirtschaftsleiden für ihre politischen Zwecke auszunutzen. In den Grenzgebieten wird zum Boykott aller Verträge aufgefordert. Die indische Zentralregierung faßt die Lage vorerst nicht unnötig ernst auf. Sie ist entschlossen, ihre Versöhnungspolitik auf der Grundlage des Irwin-Abkommens weiter zu führen.

Die Unruhen in Korea

80 Chinesen getötet, 4000 unter Polizeischutz

Tokio, 7. Juli. In Heijo (früher Pingjang) kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Koreanern und Chinesen. Nach amtlichen Angaben wurden 80 Chinesen, darunter 3 Frauen, getötet, 156 Chinesen und 14 Chinesinnen mußten in Krankenhäuser übergeführt werden, und 4000 Chinesen befanden sich unter dem Schutz der Polizei im Polizeigebäude und in Schulen.

Die Reibereien begannen am letzten Freitag, als eine Anzahl Chinesen koreanische Arbeiter, die bei einem Kanalbau beschäftigt waren, überfielen. Die Koreaner griffen als Rache dafür am Montag die Stadt Heijo an. Außer den Verlusten an Menschenleben wurde hierbei auch großer Sachschaden angerichtet, da die Angreifer die Häuser der Chinesen niederbrannten.

Kurz darauf griffen die Koreaner noch einmal eine Fabrik an, in der mehrere hundert Chinesen Zuluftsucht gesucht hatten. Die Polizei, die das Feuer auf die Koreaner eröffnete, schlug den Angriff ab, tötete einen Koreaner und verletzte eine Anzahl schwer.

Nanking, 7. Juli. Der chinesische Außenminister teilt mit, daß bei den japanischen Regierung wegen der antichinesischen Ausschreitungen in Korea ernsthafte Vorstellungen erhoben worden seien, die die Zusage von Verträgen, daß sich diese Ereignisse nicht wiederholen würden.

Der Endkampf gegen die türkische Oppositionspresse

Konstantinopel, 8. Juli. Der von der Presse der herrschenden Volkspartei von langer Hand vorbereitete Vorstoß gegen die paar noch übriggebliebenen Oppositionsorgane — den „Yarın“ und „Son Posta“ in Konstantinopel, den „Jeni Asır“ und „Hizmet“ in Smyrna und einige andere Provinzblätter — führte zu einer Interpellation in der Nationalversammlung wegen angeblichen Mißbrauchs der Pressefreiheit durch die Oppositionsblätter und zu der Anfrage, welche Maßnahmen die Regierung dagegen zu ergreifen gedente. Wie groß die mehr oder weniger persönlich gefärbte Erbitterung vieler Abgeordneten ist, unter denen sich auch Herausgeber von Blättern der Volkspartei befinden, geht schon daraus hervor, daß ein von fünfzig Abgeordneten unterzeichneter Antrag vorbereitet wurde, der dahin ging, daß die Herausgeber und Chefredakteure der erwähnten Oppositionsblätter einfach aus der Türkei ausgewiesen würden. Was immer die Hintergründe dieser Aktion gewesen sein mögen; jedenfalls ist ihr unmittelbares Resultat nicht so ausgefallen, wie die Einbringer der Interpellation wohl erwartet haben mögen. Vielmehr hat Ismet Pascha Gelegenheit genommen, seine Ansichten über Presseangelegenheiten in einem verhältnismäßig überlaiden und versöhnlichen Sinn auseinanderzusetzen. Indem er sich gegen jegliche Ausnahmeregeln aussprach, wies er darauf hin, daß man nur mit einem guten Pressegesetz den Mißbrauch der Pressefreiheit bekämpfen könne.

Was unter einem derartigen Pressegesetz zu verstehen ist, wird der von der Regierung ausgearbeitete Entwurf zeigen; denn das jetzt geltende Pressegesetz ist bereits 65 Jahre alt und entspricht natürlich nicht den modernen Anschauungen. Wie verlautet, soll aber das neue Gesetz die Presse noch mehr als bisher administrativen Maßnahmen ausliefern, indem die lokalen Gewalten, die Walis und Kaimakams, das Recht erhalten sollen, Zeitungen zu schließen, welche „die Regierungsgewalt angreifen und die Staatsautorität schwächen.“

Gegensätze bestehen auch in der herrschenden Kapitalisten-Klasse. Gegensätze zwischen den verschiedenen Sondergruppen. Gegensätze, die ihren Ausdruck in den verschiedenen Parteien finden.

Gemeinsam ist aber allen ein Interesse: Erhaltung der bestehenden Ordnung, des Staates, des Privateigentums, der Waren-Wirtschaft.

Diesen verschiedenen Interessen dient die Presse (einschließlich den Zeitungen der „Arbeiter“-Parteien). Gewiß bemängelt man dieses und kritisiert jenes, was dem Sonderinteresse der Gruppen zuwiderläuft, die die Zeitung vertritt.

Allen gemeinsam ist das eine Glaubensbekenntnis: „Heilig, heilig, heilig ist das Privateigentum und der Staat, der dieses schützt!“

Je unhaltbarer das Privateigentum, die Warenwirtschaft infolge des Wachstums der Produktionskräfte wird, — desto schwerer wird die Arbeit der Zeitungs-Lohnschreiber.

Tag für Tag muß man beweisen: die Waren- und Profitwirtschaft ist die beste und einzig mögliche Wirtschaftsordnung. Wo doch in dieser wunderbaren „Ordnung“ Lebensmittel vernichtet werden müssen, weil Millionen Proletarier sie nicht kaufen können und deshalb verhungern müssen.

Wo Wohnungsnot herrscht, weil 70% der Bauarbeiter keine Arbeit bekommen können.

Beruhigende Meldungen, wie „Abflauen der Weltwirtschaftskrise“ oder „Höhepunkt der Krise überschritten“ werden übertönt durch die brutale Sprache der nüchternen Zahlen und Tatsachen. Diese zeigen ein ständiges Wachsen des unverkündlichen Waren-Berges und der Arbeitslosen.

Jahrelang foppte man die Leser mit den sogenannten Welt-Konferenzen. Bis auch der Dummste merkte, daß es sich hiermit so verhält, wie mit den Schaubuden auf dem Jahrmarkt: vor der Aufführung wird draußen von dem Ansrufer mehr gezeigt, als drinnen in der Bude die Aufführungen bringen.

Neuerdings fand man endlich einen neuen Schlager: Hoovers Vorschlag, ein Jahr dem deutschen Staat seine Schuldenszahlungen zu stunden. Sollte dieser Vorschlag Wirklichkeit werden, so bedeutet er zweifellos einen Vorteil für das deutsche Kapital. Einen Vorteil, den das deutsche Kapital dadurch erzielt, indem es bei seinem Schacher verstand den Hunger der Arbeitslosen für seine Zwecke in die Wagschale zu legen und gegen die Gläubigerstaaten auszunutzen. Die deutschen Kapitalisten erklärten: von unserem Prasserleben werden wir nicht ablassen; wir wälzen die ganzen Schulden auf die Proletarier unseres „Vaterlandes“ ab. Und allzuoft gespannt, zerreißt der Bogen. Bei uns ist es bald soweit, bei euch aber noch nicht. Darum geht uns etwas mehr Ruhe und preßt mehr eure Lohnsklaven!

An der Todeskrise selbst wird aber dadurch nichts geändert, wenn sich ihr Schwerpunkt von einem Teil der Erde in einen anderen verlegt. Die Arbeitslosigkeit wächst weiter und damit der Absatzmangel, die verschärfte Konkurrenz und brutale Ausbeutung, — und so weiter im Kreislauf; die Schraube ohne Ende.

Weiter verschärft sich die Todeskrise, von der wir im folgenden einige Tatsachen und Zahlen bringen.

In Deutschland lagerten zu Beginn dieses Jahres Waren auf Vorrat im Werte von rund 27 Millionen RM. Das dürfte zur Zeit etwa die Hälfte des deutschen „Volks“-Einkommens entsprechen. Wahrscheinlich repräsentieren diese Lagerreserven einen noch viel höheren Wert.

In den Getreidespeichern der Welt liegen 15,9 Mill. Tonnen Weizen auf Vorrat. Beim Zucker sieht es ähnlich aus. Die Lagerreserven betrugen anfangs dieses Jahres 8,8 Millionen Tonnen. 1,6 Millionen Tonnen Kaffee liegen unverkäuflich da. — An Baumwolle warten 2,2 Mill. Tonnen auf Käufer. Soviel braucht Europa während eines ganzen Jahres, und Deutschland würde damit bei normalem Verbrauch 7 Jahre auskommen.

Beständig wachsen diese Waren-Vorräte. Genau so beständig die Zahl der Arbeitslosen, die Zahl derjenigen, die durch Hunger und Frost krepieren, die Zahl derjenigen, die die Polizei aller Länder mit Säbel und Flintenkugeln vor dem Hungertode „befreit“.

Keine Kongresse und „Pläne“ noch so weiser Wirtschaftsführer können diesen gordischen Knoten lösen. Man löst ihn auch nicht durch Kleben von Beitragsmarken und Hineinwerfen des Stimmzettels in die Wahlurne.

Ihn kann nur zerhauen das Schwert der proletarischen Revolution.

Unter der Diktatur des Proletariats werden die Arbeiter Herren der Fabriken und Güter sein.

Durch ihre jederzeit abberufbaren Räte werden sie die Produktion nach dem Bedarf regeln.

Dann wird es nicht mehr möglich sein, daß Massen hungern, während Lebensgüter vernichtet werden, weil dieses im Interesse der Nutznießer der Profitwirtschaft liegt.

Für den Inhalt verantwortlich: A. Prüfer, Dresden-Klotzsche
Druck: F. Eckert, Dresden-A.

Nr. 17 * 6. Jahrgang

11. Jahrgang der „Einheitsfront“

SPARTAKUS

ORGAN DES SPARTAKUSBUNDES (Politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation)

Verlagsort: Rähnitz-Hellerau. Zu bestellen bei allen Postämtern, ferner durch die Betriebsorganisationen des Spartakusbundes od. direkt beim Verlag Rähnitz-Hellerau, Hendrichstr. 3

Erste September-Nr. 1931

Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1929

Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Postbezug vierteljährlich 90 Pfg. Ausland und per Kreuzband vierteljährlich RM 1.20 — Zahlungen auf Postcheckkonto Dresden Nr. 32722

Alles überschlägt sich in wilder Hast

Wie in einem aufgeregten Bienenschwarm schwirren die „Verantwortlichen“ durcheinander. Kopplios, planlos, ziellos. Was ist geschehen? Was hat unsere „Ruhe, unsere Ordnung“ gestört, was unseren normalen Geschäftsverlauf aus dem Gleichgewicht gebracht? Wer ist schuld? Keiner weiß es! Jeder glaubt es zu wissen; Frankreich, nein, Deutschland, nein, Rußland, nein, der Faschismus, der Bolschewismus, die Regierung, die Geldschieber, die Gewerkschaften, die „schlechten“ Wirtschaftsführer, die Juden, Young, die Wahlen, Schmelting — das Kariköl. Possierlich, diese Jagd nach dem Schuldigen. Nur auf das einzig richtige verfällt keiner, nämlich auf die marxistische Wahrheit, daß alle Weltkrisen Ausdruck der Todesstunde eines längst überlebten Wirtschaftssystems, des Kapitalismus, sind. Und weil man das nicht wissen kann oder auch darf, sucht alles, eifriger noch als nach dem oder den Schuldigen, nach einem Ausweg.

Wie in der Natur werden die Vielen der Erhaltung und Höherorganisation der Art geopfert. Mögen die Sinnes, die Lahusen, die Goldschmidt und Hunderttausende andere kleine Kapitalisten bei der Radikalkur auf der Strecke bleiben. Mögen die Proleten zu Millionen krepieren. Hauptsache ist, das System bleibt. Alle möglichen Medizinien sind angewandt worden und haben nichts verlangt, Krieg, Inflation, Deflation, Wilson-Punkte, Kellogg-Pakt, Daves-Young-Hoover-Plan, Völkerbund, Abrüstung, Pan-Europa, Prosperität, Preisabbau, alles schon dagewesen. Stets nachher wurde konstatiert, daß der erwünschte Erfolg ausgeblieben sei, daß im Gegenteil der Krankheitsprozeß, die Weltwirtschaftskrise sich verschlimmert hätte. Bisher sichtbar gesunde Glieder des Kapitalismus zeigen plötzlich alle Symptome der Ansteckung, Italien, Frankreich, die skandinavischen Länder. Jetzt, inmitten der tollsten Erschütterung, hat man ein neues Allheilmittel entdeckt. Doch zunächst gilt es, die Massen zu narkotisieren, eine Atempause zu gewinnen. Also propagiert man „Vertrauen“, praktiziert rosige Berichte in die trotz ihrer Zahlreichkeit geknebelte Presse.

Ein Zitat aus der Deutschen Allgemeinen Zeitung Nr. 347/348 charakterisiert treffend den Ton, auf den die gesamte Presse in ihrem östlichen Teil in diesen Tagen eingestellt war oder noch ist. Es heißt da:

„(Die Radikalkur). Nun muß man sich freilich davor hüten, schon in der Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs, dessen Funktionieren nach den gründlichen Vorkehrungen der letzten Tage gesichert ist, einen großen wirtschaftspolitischen Erfolg zu sehen. Wir haben dann lediglich die Panik überwunden, aber die Depression bleibt, und zwar zunächst in verschärfter Form.“

Das ist es; die Panik vermeiden, diese im gegenwärtigen Augenblick für den Kapitalismus höchst gefährliche Massenstimmung. Der einzelne soll die Größe seines Verlustes nicht überschauen. Am liebsten gibt man heute den, morgen den dem Ausbruch seiner Verzweiflung preis, das ist bei weitem ungefährlicher. Daher schreibt die „Vossische Zeitung“ von dem Widerspruch der offiziellen Tatsachenberichte, und der harten Praxis.

Daß eine Unmenge wirtschaftlich teils Toter, teils zu Tode Getroffenen das Schlachtfeld deckt, sickert trotzdem durch. Der „Vossischen“ vom 4. August entnehmen wir folgende Notiz:

„Fast das ganze Kapital verloren. Die v. GV, der Lerche & Nippert Hoch- und Tiefbau AG., Berlin, in der 3,36 Mill. RM Kapital vertreten waren, erbrachte die Mitteilung, daß fast das ganze Aktienkapital von 3,5 Mill. RM als verloren gelten muß.“

Die Versammlung wurde vom Vorstandsmitglied Oemler geleitet, da der gesamte Aufsichtsrat seine Ämter niedergelegt hat.“

Diese kurze Mitteilung ist kennzeichnend für tausende ähnlicher in allen Zeitungen der letzten Tage und Wochen gemachten Insolvenzerklärungen von Banken und Liquidationen von Aktiengesellschaften. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß die Konzentration und Akkumulation des Kapitals durch ein System langjähriger Abzahlungs- und Verschuldungsgeschäfte vorbereitet, einen gewaltsamen Ruck vorwärts gemacht hat. (Die Aktie steigt, wenn der Mann auch fällt — gilt auch hier). Das bedeutet aber auch, daß diese Erschütterungen, im Kapitalismus bedingt, von eben diesem Kapitalismus nicht mehr ertragen werden können. Zu viele sind es, die davon betroffen werden.

Rosa Luxemburg bewies in Weiterverfolgung eines Marxschen Gedankens, daß die Eigenbewegung des Kapitals die Tendenz habe, sich in immer weniger Händen zu konzentrieren, so daß zuletzt eine Handvoll Besitzer einer ungeheuren pauperisierten Masse gegenüberstehe. Besonders rapide geht dieser Prozeß heute vor sich, wo ja den Kapitalisten fast alle Exportmöglichkeiten benommen sind einfach dadurch, daß es keine außerkapitalistischen Länder, die für den Warenexport in Frage kommen, mehr gibt, wo also das Kapital seinen eigenen wirtschaftlichen Anhängsel expropriieren muß, d. h. nur auf ihre Kosten akkumulieren kann. In Deutschland (wie in Amerika), ist die-

Es lebe der Krieg!

Die politische-wirtschaftliche Entwicklung treibt mit Riesenschritten einer neuen kriegerischen Auseinandersetzung zu, und die immer stärker zum Ausdruck kommende Weltwirtschaftskrise beschleunigt das Tempo. Ja, es ist geradezu staunenswert wie zielbewußt und mit welcher mathematischen Genauigkeit die herrschenden Klassen in den verschiedensten Ländern der kommenden Auseinandersetzung zustreben.

Kennzeichnend für den bewußten Willen der kapitalistischen Machthaber wieder ein neues Blutbad herbeizuführen ist eine planmäßige Modernisierung der Kriegswerkzeuge und der Rüstungsindustrie. Finanzielle Aushaltung der nationalistischen Horden, die bewußte Erziehung der bürgerlichen sowie proletarischen Jugend zum Militarismus, die systematische Hetze der Pressekanäle in allen national eingestellten Zeitungen. Wie offene und heimliche Ausrüstung der bürgerlichen Wehr — und Sportverbände mit Waffen. Die planmäßige Ausstellung und Verbreitung von Literatur, Filmen, Theaterstücken, die eine verlogene Kriegsromantik erzeugen. Und dann andererseits die systematische Unterdrückung von Büchern und Filmen mit kriegerischer Tendenz.

Man hat sich die Aufgabe gestellt, eine neue Kriegspsychose vorzubereiten, damit sich dann die Menschen wieder gegenseitig abschächten — weiße gegen schwarze, gelbe gegen weiße Proleten.

Wahnwitzige Eltern jagen dann wieder ihre Kinder gegen „Feinde“, um ihr blühendes Leben auf dem „Felde der Ehre“ zu opfern. Kriegskredite werden wieder bewilligt und die Munitionsfabriken machen Ueberstunden.

Unter giftigen Gaswolken erstickt das Leben ganzer Landströcke — Dörfer und Städte werden zu

ser Vorgang bereits soweit gediehen, daß Riesenunternehmen und Banken in derartigem Maßstabe existieren, daß sie ganz öffentlich für alle ihre Geschäfte, ihre Anleihen, das Reich garantieren lassen, ohne den Entlastungssturm des die Subventionen durch Steuern aufräumen missenden Kleinbürgertums fürchten zu müssen.

Das Reich übernimmt Garantien für Danatbank, für Dresdner Bank, für die Sowjetanleihe, es subventioniert die Landwirtschaft usw. Die Sozialdemokratie fordert für diese Betriebe, die mit Staatssubvention arbeiten, staatliche Kontrolle. Bei Regierungsbeteiligung der Noskepartei bedeutet das den alten Jubelruf: „Der Sozialismus marschiert!“

Diese Höhe der Konzentration ist es auch, die den Kapitalisten den Gedanken einbigt, Planmäßigkeit in die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft hereinzubringen, da bei einem verhältnismäßig kleineren Kreis von Wirtschaftsführern ein Ueberschauen des Marktes leichter sein müßte als bei der durch den großen Krach erledigten Konkurrenz der vielen. Daher die plötzliche Bedeutung, die man dem Institut für Konjunkturforschung beimißt, das Bedürfnis nach Konsum-Orientierung. In der „Vossischen Zeitung“ vom 30. Juli findet sich anläßlich der Übernahme des Reichswirtschaftsministeriums durch den Finanzpräsidenten der I. G. Farbenindustrie, Dr. Schmitz, ein Artikel, der sich mit diesem Problem auseinandersetzt. Unter der Überschrift: Wege der Wirtschaft heißt es da u. a.:

„Wo sind die Führer, die vorangehen?... Die Rettung des fehlgeleiteten Kapitalismus liegt in seiner konsequenten Umstellung auf Konsum-Orientierung, ein Vorgang, dessen Kosten jetzt zu einem großen Teil von ihm selbst getragen werden müssen, und der zur Sicherung der Zukunft eine wesentlich verschärfte öffentliche Kontrolle der Wirtschaft erfordert. Das mag den betroffenen Unternehmern außer-

Schutt und Asche, Menschen hungern — noch mehr wie heute.

Menschenleben werden gezählt, gemustert, geordnet und in den Tod geschickt.

Offiziere befriedigen ihre sadistischen Gelüste. — Elappenschweine mästen ihre geilen Leiber. Massen-gräber werden wieder geschauelt. — Mütter und Kinder werden weinen.

Berichterstatter schreiben gebührende, verlogene Siegesmeldungen. Und das Patriotengesindel heult vor Freude — wenn auf der anderen Seite recht viele Menschen verreckt sind. Aber der Kapitalismus freut sich des steigenden Profits.

Doch alles — alles fürs Vaterland!

Die Art und Form des kommenden „Stahlbades“ wird derartig verschärft sein, daß es alles bisher dagewesene in den Schatten stellen wird. Giftgas, Elektrizität, Flugzeug werden vorwiegend als bestialische Werkzeuge zur Vernichtung von Menschen dienen. Dieser bestialische Massenmord wird sich diesmal nicht bloß in erster Beziehung auf Männer beschränken, sondern Frauen und Kinder und jegliche andere Lebewesen werden die Opfer sein.

Die Existenzfrage des kapitalistischen Profitsystems diktiert immer wieder kriegerische Maßnahmen. Daran ändert auch ein Verständigungswille nichts. Völkerbund, Friedenskongresse sind nur Atrappen. Es ist eine geschichtliche Tatsache, wenn die kapitalistischen Machthaber viel vom Frieden reden, steht der Krieg vor der Tür. Einen deutlichen Beweis liefert wohl die Tatsache, daß seit Bestehen des Völkerbundes über ein Dutzend, und nach dem großen Menschenmord von 1914 schon wieder 23 kleinere Kriege geführt worden sind — in Afrika, Europa, Asien, Südamerika, überall.